

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Rates der Stadt Sankt Augustin
am 14.03.2012

Sitzungsort: großer Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:20 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Schumacher, Klaus Bürgermeister

CDU-Fraktion

Bambeck, Jörg	Ratsmitglied
Bonerath, Guido	Ratsmitglied
Büsse, Ernst-Joachim Dr.	Ratsmitglied
Dziendziol, Dieter	Ratsmitglied
Feld-Wielpütz, Claudia	Ratsmitglied
Gosemann, Andreas	Ratsmitglied
Grzeszkowiak, Axel	Ratsmitglied
Heckeroth, Friedrich Wilhelm	1. stellv. Bürgermeister
Leitterstorf, Sigrid	Ratsmitglied
Lemmer, Günter Dr.	Ratsmitglied
Lienesch, Sascha	Ratsmitglied
Lüders, Birgit	Ratsmitglied
Mölders, Martina	Ratsmitglied
Müller, Bernhard	Ratsmitglied
Müller, Werner	Ratsmitglied
Quadt, Wilfried	Ratsmitglied
Radke, Johannes	Ratsmitglied
Schell, Georg	Ratsmitglied
Sobkowski, Paul	Ratsmitglied
Weber, Helmut	Ratsmitglied
Willenberg, Frank	Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Bähr-Losse, Bettina	Ratsmitglied
Bergmann-Gries, Jutta	2. stellv. Bürgermeisterin
Bilgmann, Brigitte	Ratsmitglied
Borowski, Heike	Ratsmitglied
Diekmann, Gerhard	Ratsmitglied
Hoffmann, Gabriele	Ratsmitglied
Karp, Uwe	Ratsmitglied
Knülle, Marc	Ratsmitglied

Kok, Eugenie	Ratsmitglied
Mewes, Hannelore	Ratsmitglied
Nettesheim, Andreas	Ratsmitglied
Schmitz-Porten, Gerhard	Ratsmitglied
Waldästl, Denis	Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther, Christian	Ratsmitglied
Metz, Martin	Ratsmitglied
Nonnen, Alfred	Ratsmitglied
Piéla, Günter	Ratsmitglied
Piéla-Jonda, Barbara	Ratsmitglied
Schulenburg, Monika	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Jung, Stefanie	Ratsmitglied
Kammel, Jürgen	3. stellv. Bürgermeister
Silber-Bonz, Anne-Katrin	Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang	Ratsmitglied
Schmidt, Carmen	Ratsmitglied

Fraktionslos

Austria-Zink, Günter	Ratsmitglied
Grote, Uwe	Ratsmitglied

Protokollführer

Müller, Thomas

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Puffe, René	Ratsmitglied
-------------	--------------

FDP-Fraktion

Pütz, Jörg	Ratsmitglied
Züll, Wolfgang E.	Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Lübken

Dez. III

Herr Gleß	Dez. IV
Frau Krumm	FB 0
Herr Steinkamp	FB 1
Herr Rupp	FB 2
Frau May	FB 2
Herr Stroß	FB 3
Herr Parpart	FB 4
Herr Liedtke	FB 5
Frau Kusserow	FB 5
Herr Knipp	FD 6/10
Herr Trübenbach	FD 6/30
Herr Schmitz	FB 7
Herr Weiser	FB 9
Herr May	BRB
Herr Strauch	BRB
Frau Stocksiefen	luK
Herr van Grinsven	luK
Frau Gläß	RD
Herr Fey	RPA
Herr Neß	SD
Herr Hennecken	ZV

Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine Einwohnerfragestunde statt. Es lag eine Einwohnerfrage zum Thema „Rhein-Sieg-Gymnasium“ vor.

Die vorgelegten Fragen wurden von der Verwaltung beantwortet.

Gemäß § 14 a Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin wurden die Antworten den Fragestellern in Schriftform übersandt. Die Fraktionen haben hiervon Kopien erhalten.

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.12.2011
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 05.10.2011 gefassten Beschlüsse
4. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -
5. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
- 5.1. 12/0067 Anhebung des in § 5 der Haushaltsatzung festgeschriebenen Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredit)
6. Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse
Haupt- und Finanzausschuss vom 07.03.2012
- 6.1. 11/0494/2 Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2022

Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 31.01.2012

- 6.2. 12/0001 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.: 306 "Johann-Quadt-Straße" für den Bereich Gemarkung Meindorf, Flur 5, nördlich der Johann-Quadt-Straße und östlich der Straße "Auf dem Hohen Ufer";
1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung sowie der erneuten Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eingereichten Stellungnahmen;
 2. Beschluss über den Durchführungsvertrag;
 3. Satzungsbeschluss

Jugendhilfeausschuss vom 28.02.2012

- 6.3. 12/0028 Erhebung von Beiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Kindertagespflege

- 6.3.1. 12/0135 Änderungsantrag zu TOP 6.3 (Ds.Nr. 12/0028) der Ratssitzung am 14.03.2012

CDU-, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-, FDP Fraktion

- 6.4. 12/0057 Finanzielle Unterstützung freier Träger zur Sicherung des gesetzlichen Auftrags der Kindertagesbetreuung

- 6.5. 12/0058 Kindergartenjahr 2012 / 2013;
Beantragung der erforderlichen Pauschalen beim Land

Zentrumsausschuss vom 13.03.2012

- 6.6. 12/0007/1 Bebauungsplan Nr. 113 'Haus Heidefeld';
1. Bebauungsplan Nr.113, 3. Änderung, Aufteilung in die Bereiche A und B;
 2. Bebauungsplan Nr.113, 3. Änderung, Teilbereich B, Auslegung

- 6.8. 12/0052 Bebauungsplan Nr. 107/4 "Sonnenweg";
1. Änderung der Planbezeichnung;
 2. Festlegung der Planungsziele

- 6.9. 12/0053 Bebauungsplan Nr. 117 "Rathausallee";
1. Aufstellungsbeschluss;
 2. Planungsziele

7. 12/0030 Anzeige der Nebentätigkeiten des Bürgermeisters gemäß § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz in Verbindung mit §§ 49 Abs. 1, 53 Landesbeamtengesetz

- 8. 12/0066 Bestellung eines beratenden Mitglieds für den Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung
- 8.1. 12/0132 Erweiterung der städtischen Obdachlosenunterkunft "Am Bauhof"
- 9. Anträge der Fraktionen
- 9.1.1. 12/0018 Erstellung eines "Masterplan Inklusion"
Fraktion Aufbruch
- 9.1.2. 12/0063 Ausschussumbesetzung
SPD-Fraktion
- 9.1.3. 12/0098 Ausschussumbesetzung
CDU-Fraktion
- 9.1.4. 12/0103 Ausschussumbesetzung
FDP-Fraktion
- 10. Anfragen und Mitteilungen
- 10.1. Anfragen
- 10.1.1. 12/0133 Dringlichkeitanfragen: Auswirkungen der Verlagerung der GGS Freie Buschstraße in das SZ Niederpleis
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 10.1.2. 12/0134 Verschiebung der Entscheidung zur Freien Buschstraße
SPD-Fraktion
- 10.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 14.12.2011
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 05.10.2011 gefassten Beschlüsse
4. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - nicht öffentlich -
5. Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse
Haupt- und Finanzausschuss vom 07.03.2012
- 5.1. 12/0062 Erwerb einer Grundstücksteilfläche für die geplante Ost-West-Spange
6. 12/0089 Abschluss eines Erschließungsvertrages für den Geltungsbereich des B-Plan 412 A 'Marktstraße' in Sankt Augustin-Menden
7. 12/0090 Abschluss eines Erschließungsvertrages für den Geltungsbereich des B-Plan 630 'An der Waldstraße' in Sankt Augustin-Hangelar
8. Anträge der Fraktionen
9. Anfragen und Mitteilungen
- 9.1. Anfragen
- 9.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	FB 5, FD 6/10
---	--	--	----------------------

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Zu dem vorliegenden Nachtrag vom 07.03.2012 bestand nach kurzer Diskussion Einvernehmen den hierin enthaltenen Tagesordnungspunkt 6.10

11/0316/1 Auswirkungen der demographischen Entwicklung für Schulstandorte im Primarbereich;
Machbarkeitsstudie Teil 2

wegen bestehendem Beratungsbedarf erst in der Ratssitzung am 18.04.2012 zu behandeln.

Der als Tischvorlage verteilte Antrag der SPD-Fraktion

12/0111 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 6.3:
Erhebung von Beiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Kindertagespflege

wurde seitens der SPD-Fraktion, Herr Waldästl, unter Hinweis auf den nachfolgend genannten interfraktionellen Antrag zurückgezogen.

Es waren alle damit einverstanden, den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

12/0135 Änderungsantrag zu Drucksache 12/0028 Erhebung von Beiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Kindertagespflege

als Tagesordnungspunkt 6.3.1 und die Tischvorlage der Verwaltung

12/0132 Erweiterung der städtischen Obdachlosenunterkunft „Am Bauhof“

als Tagesordnungspunkt 8.1 aufzunehmen.

Wegen der haushalterischen Auswirkungen bestand schließlich Einvernehmen, die Tagesordnungspunkten 6.2 – 6.9 sowie 8.1 vor dem Tagesordnungspunkt 6.1

11/0494/2 Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2022

zu beraten.

Protokollnotiz

Die Protokollierung erfolgt in der Reihenfolge der ursprünglichen Tagesordnung.

Vor dem Hintergrund der Absprache in der Sitzung des Zentrumsausschusses vom 13.03.2012 wurde der Tagesordnungspunkt 6.7

12/0016 Bebauungsplan Nr. 107 „Zentrum“;
1. Beschluss über vorgebrachte Anregungen
2. Satzungsbeschluss

in der heutigen Sitzung nicht behandelt.

Der Bürgermeister wies auf die übrigen, als Tischvorlagen verteilten Unterlagen hin:

- Niederschrift Haupt- und Finanzausschuss 07.03.2012
- Niederschrift Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss 31.01.2012
- Einladung Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss 27.03.2012
- Protokollauszüge Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung 06.03.2012
- Protokollauszüge Jugendhilfeausschuss 06.03.2012
- Protokollauszüge Zentrumsausschuss 13.03.2012

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 14.12.2011	BRB
---	--	---	------------

Es bestand Einvernehmen, auf Anregung von Herrn Züll zu Tagesordnungspunkt 6.8 (Seite 20) folgende Formulierung aufzunehmen:

„Die Verwaltung sagte eine Prüfung zu, der Anregung der FDP zu folgen, bei der Aufstellung des Denkmalpflegeplanes eine Überarbeitung der bebilderten Denkmalliste (aus 1990) ggf. im Rahmen der "Beiträge zur Stadtgeschichte" zu veröffentlichen.“

Der Rat nahm die Niederschrift im Übrigen zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

3		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 05.10.2011 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

4		Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -	
----------	--	---	--

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

5		Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	
----------	--	---	--

5.1	12/0067	Anhebung des in § 5 der Haushaltssatzung festgeschriebenen Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredit)	FB 2 Bericht bis 05.06.2012
------------	----------------	--	--

Auf Nachfragen von Herrn Metz und Herrn Köhler erläuterte Herr Rupp, der neu festgesetzte Höchstbetrag orientiere sich am Entwurf der Haushaltssatzung 2012/213. Der Zinssatz belaufe sich auf weniger als 1 %.

Der Rat genehmigte folgende Dringlichkeitsentscheidung.

„Im Wege der Dringlichkeit wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) entschieden:

Der Höchstbetrag der Kredite, der gem. § 5 der Haushaltssatzung zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden darf, wird auf 32.000.000 € angehoben.“

einstimmig

6		Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse	
----------	--	---	--

Haupt- und Finanzausschuss vom 07.03.2012

6.1	11/0494/2	Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2022	FB 2 Bericht bis 05.06.2012
------------	------------------	--	--

Zunächst erläuterte Herr Rupp die haushalterischen Veränderungen vor dem Hintergrund der Nichtberücksichtigung der Angelegenheit „Standort der Grundschule Freie Buschstraße“:

- 1,8 Mio. € müssen für Brandschutzmaßnahmen der Grundschule Freie Buschstraße konsumtiv im Haushalt bereit gestellt werden (Produkt 03-02-01 Grundschulen, 200.000 € in 2012, 800.000 € in 2013, 800.000 € in 2014).
- 150.000 € müssen für die Erweiterung der Obdachlosenunterkunft am Bauhof investiv im Haushalt bereit gestellt werden. Zudem die hierfür anfallenden Bewirtschaftungskosten (1.900 € in 2012, 3.800 € jährlich ab 2013). Ferner müssen Abschreibungen bei diesem Produkt vorgesehen werden (3.750 € in 2012, 7.500 € jährlich ab 2013).
- Mindererträge in Höhe von 12.500 € für 2012 und 30.000 € je Kindergartenjahr ab 2013 im Bereich der Gebühren für die Kindertageseinrichtungen müssen berücksichtigt werden, die auch zu einer entsprechenden Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes führen.
- Notwendige Zinsanpassungen (Produkt: Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft) in Höhe von 7.000 € in 2012, 19.000 € in 2013, 31.000 € jährlich ab 2014.
(Siehe hierzu auch die der Niederschrift beigelegte Übersicht)

Der Rat stimmte der Aufnahme der vorgenannten Änderungen in den Entwurf des Haushalts einstimmig zu.

Da keine Wortmeldungen zu weiteren, eventuell noch offenen Positionen zum Haushalts erfolgten, schloss der Bürgermeister die Haushaltsberatung.

Anschließend hielten die Vorsitzenden der Fraktionen

- Herr Schell für die CDU
- Herr Knülle für die SPD
- Herr Metz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Frau Jung für die FDP
- Herr Köhler für den AUFBRUCH!

ihre Haushaltsreden.

Protokollnotiz

Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Hiernach fasste der Rat folgenden Beschluss.

„Der Rat der Stadt Sankt beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 mit den dazu gehörenden Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2012 bis 2022 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs einschließlich des kumulierten Änderungspapiers der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 07.03.2012 empfohlenen und in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen. Außerdem beschließt der Rat den Stellenplan für die Jahre 2012/2013 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs.“

Jastimmen 39

Neinstimmen 8

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit „Nein“ gestimmt.

Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 31.01.2012

6.2	12/0001	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.: 306 "Johann-Quadt-Straße" für den Bereich Gemarkung Meindorf, Flur 5, nördlich der Johann-Quadt-Straße und östlich der Straße "Auf dem Hohen Ufer"; 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung sowie der erneuten Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eingereichten Stellungnahmen; 2. Beschluss über den Durchführungsvertrag; 3. Satzungsbeschluss	FD 6/10 Bericht bis 05.06.2012
------------	----------------	--	---

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt – unter Berücksichtigung der nach § 3 Abs.1 und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Beteiligung) abgegebenen Stellungnahmen – die während der öffentlichen Auslegung (§ 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB) des Bebauungsplanentwurfes Nr.: 306 „Johann-Quadt-Straße“, sowie die während der erneuten Auslegung (§ 4a Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs.2 BauGB) des Bebauungsplanentwurfes abgegebenen Stellungnahmen nach eingehender Prüfung entsprechend den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen Punkten in der Planung zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den vorliegenden Durchführungsvertrag.
3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 306 „Johann-Quadt-Straße“ für den Bereich Gemarkung Meindorf, Flur 5, nördlich der Johann-Quadt-Straße und östlich der Straße „Auf dem Hohen Ufer“ aufgrund der §§ 7 und 41 der GO NRW sowie des § 10 BauGB einschließlich der aufgrund des § 86 Abs. 4 der BauO NRW im vorhabenbezogenen Bebauungsplan

aufgenommenen gestalterischen Festsetzungen als Satzung, sowie die Begründung mit dem Umweltbericht und den Vorhaben- und Erschließungsplan hierzu.

Zu 1. – 3.: einstimmig

Jugendhilfeausschuss vom 28.02.2012

6.3	12/0028	Erhebung von Beiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Kindertagespflege	FB 5
------------	----------------	---	-------------

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgte unter dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt 6.3.1.

6.3.1	12/0135	Änderungsantrag zu TOP 6.3 (Ds.Nr. 12/0028) der Ratssitzung am 14.03.2012 FDP Fraktion	FB 5 Bericht bis 05.06.2012
--------------	----------------	---	--

Herr Schell erläuterte das Zustandekommen des vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrages. Dieser basiere auf dem ursprünglichen, gut durchdachten Vorschlag der Verwaltung. Es wurde eine Anpassung der Einkommensstufen vorgenommen. Dies verhindere, dass nur durch eine Änderung der Einkommensstufe eine höhere Beitragsstufe zum Zuge kommt. Ferner wurden im Bereich der U3-Betreuung die Höchstbeiträge gedeckelt. In § 8 Abs. 1 wurde folgender letzter Satz eingefügt:

„Dabei werden auch Kinder berücksichtigt, die Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten bzw. erhalten haben. Kinder die aufgrund einer landesrechtlichen Regelung beitragsfrei gestellt werden, werden dabei nicht berücksichtigt.“

Es werde davon ausgegangen, dass in der Zukunft noch Überarbeitungen auf Grundlage der kommenden Landesgesetzgebung erforderlich sind. Herr Schell bat die Verwaltung, bei den Eltern eine Abfrage über die Einkommensstufen vorzunehmen, die Einkommen über dem momentanen Höchstsatz erfasst, um für künftige Überlegungen eine bessere Planungsbasis zu haben.

Herr Waldästl ergänzte für die SPD-Fraktion, die Verwaltungsvorlage sei hinsichtlich der Beitragshöhen und Einkommensgrenzen nicht nachvollziehbar gewesen. In den oberen Einkommensgrenzen müssten Differenzierungen vorgenommen werden. Darüber hinaus wurde als wichtig erachtet, dass keine Familie nur auf Grund der Änderungen der Einkommensstufen in eine andere Einkommensgruppe fällt. Er begrüßte, dass bereits die im Jugendhilfeausschuss eingebrachten Vorschläge in den Änderungsantrag eingeflossen sind.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fügte Herr Metz hinzu, dass der Vertrauensschutz der Eltern zu berücksichtigen sei. Vor dem Hintergrund der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten könne die Anhebung der Beiträge in den höheren Einkommensstufen vertreten werden.

Frau Silber-Bonz wies für die FDP-Fraktion auf die bestehenden starren Vorgaben hin. Sie nannte die Beteiligung der Eltern an den Betriebskosten in einem Umfang von 19 %. Wegen des noch nicht vorliegenden Belastungsausgleichsgesetzes hätten zudem unsichere Rahmenbedingungen vorgelegen. Sie begrüßte den gemeinsam getragenen Kompromissvorschlag.

Herr Köhler begründete, warum sich die Fraktion AUFBRUCH! an dem interfraktionellen Antrag nicht beteiligt hat. Seine Fraktion sei im Jugendhilfeausschuss nicht stimmberechtigt und habe auch keine beratende Stimme. Daher konnte seine Fraktion an den vorangegangenen Beratungen nicht teilnehmen. Es bestehe in seinen Augen weder ein Rede- noch ein Antrags- oder Anfragerecht im Jugendhilfeausschuss.

Frau Schmidt begründete ausführlich aus welchen Gründen sie dem interfraktionellen Antrag nicht zustimmen könne. Sie hielt es für grundsätzlich nicht vertretbar, auf Kosten der Kinder Haushaltslöcher zu stopfen. An anderer Stelle könnten statt dessen Einsparungen vorgenommen werden. Die vorgelegte Satzung habe in ihren Augen zudem eine familienunfreundliche Auslegung des novellierten Kinderbildungsgesetzes als Grundlage. Dem Grundgedanken des Gesetzes einer gebührenfreien Bildung werde die Satzungsänderung nicht gerecht. Die Ausgleichszahlungen des Landes, die für Beitragsausfälle gezahlt werden, könnten für Entlastungen der Familien herangezogen werden. Sie werde sich daher der Stimme enthalten.

Herr Metz hielt entgegen, dass alle Fraktionen und alle Ratsmitglieder über die Sitzungsunterlagen des Jugendhilfeausschusses verfügen. Jedes Ratsmitglied könne die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses besuchen. Er wies zudem auf das bestehende Anfragerecht der Fraktionen hin. Kritik oder Alternativvorschläge hätten daher vorgebracht werden können. Dem schloss sich Herr Schell an. Er bemängelte, dass sich die Fraktion AUFBRUCH! nicht konstruktiv an den angebotenen Gesprächen zu dem interfraktionellen Antrag beteiligt haben.

Herr Metz wies zudem auf die bestehende Vorgabe der Betriebskostenbeteiligung von 19 % hin. Die hier bestehenden Spielräume seien ausgenutzt worden. Zudem seien für die unteren Einkommensstufen Beitragssenkungen vorgesehen. Eine andere Geschwisterregelung sei aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich.

Frau Silber-Bonz wies darauf hin, die Ausgleichszahlungen des Landes dürften nicht für die Betriebskostenbeteiligung herangezogen werden.

Herr Waldästl hob hervor, dass bis zu einem Einkommen von 48.000 € finde eine Beitragsentlastung der Eltern statt. Er halte den Vorschlag des interfraktionellen Antrages für sozialverträglich.

Frau Bergmann-Gries bekräftigte den Wunsch des gesamten Rates auf beitragsfreie Bildungseinrichtungen. Das Land habe versucht die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Dies sei auf Bundesebene nicht erkennbar. Sie würde sich wünschen, dass auf allen Ebenen den Kommunen mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt würden.

Anschließend fasste der Rat folgenden Beschluss.

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 28.02.2012 zu Drucksache-Nr. 12/0028 mit folgenden Änderungen:

1. Die Einkommensstufen werden in den Bereichen der Tageseinrichtungen für Kinder und der Kindertagespflege sowie für die Nutzung der Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich auf folgende Jahreseinkommen festgelegt:
2. Stufe 1: bis 16.000 €
Stufe 2: bis 24.600 €
Stufe 3: bis 36.850 €
Stufe 4: bis 49.100 €
Stufe 5: bis 61.350 €
Stufe 6: bis 73.600 €
Stufe 7: bis 85.850 €
Stufe 8: ab 85.851 €,
3. Im Bereich der U3-Betreuung in Tageseinrichtungen werden abweichend vom Beschlussvorschlag folgende Maximalbeiträge festgelegt:
25 Std./Wo.: 396,00 € (dies führt zu einer Änderung der Stufe 8)
35 Std./Wo.: 440,00 € (dies führt zu einer Änderung der Stufe 8)
45 Std./Wo.: 554,00 € (dies führt zu einer Änderung der Stufen 7 und 8)
4. Abweichend vom Beschlussvorschlag wird Artikel II, § 8, Abs. 1 wie folgt gefasst:
(1)
Besuchen mehr als ein Kind einer Familie oder von Personen, die nach § 3 dieser Satzung an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung oder nutzen ein Angebot im Rahmen der Offenen Ganztagsschule oder der Kindertagespflege in Sankt Augustin, so ist nur für das erste Kind der Regelbeitrag zu zahlen. Jedes weitere Kind ist beitragsfrei. Erstes Kind im Sinne des Satzes 1 ist dasjenige, das das Betreuungsangebot mit dem höchsten Regelbeitragssatz in Anspruch nimmt. Dabei werden auch Kinder berücksichtigt, die Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten bzw. erhalten haben. Kinder die aufgrund einer landesrechtlichen Regelung beitragsfrei gestellt werden, werden dabei nicht berücksichtigt.“

einstimmig bei 2 Enthaltungen

6.4	12/0057	Finanzielle Unterstützung freier Träger zur Sicherung des gesetzlichen Auftrags der Kindertagesbetreuung	FB 5 Bericht bis 05.06.2012
------------	----------------	---	--

„Der Rat stimmt dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu,

- für die neue Kita Am Apfelbäumchen, dass die gGmbH Kunterbunt nur 2,5 % anstatt 9 % Trägeranteil zu leisten hat unter der Bedingung, dass keine zusätzlichen Beiträge von den Eltern erhoben werden,
- bezogen auf die neue Kita in der Johann-Quadt-Straße die Fortführung der bisherigen Fördermodalitäten für die zwei neuen Gruppen der Arbeiterwohlfahrt.

und stellt die erforderlichen Mittel zur Verfügung.“

einstimmig

6.5	12/0058	Kindergartenjahr 2012 / 2013; Beantragung der erforderlichen Pauschalen beim Land	FB 5 Bericht bis 05.06.2012
------------	----------------	--	--

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin stellt die erforderlichen Mittel für das ermittelte Betreuungsangebot für Kinder im Kindergartenjahr 2012 / 2013 zur Verfügung.“

einstimmig

Zentrumsausschuss vom 13.03.2012

6.6	12/0007/1	Bebauungsplan Nr. 113 'Haus Heidefeld'; 1. Bebauungsplan Nr.113, 3. Änderung, Aufteilung in die Bereiche A und B; 2. Bebauungsplan Nr.113, 3. Änderung, Teilbereich B, Auslegung	FD 6/10 Bericht bis 05.06.2012
------------	------------------	---	---

- „1. Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr.113 „Haus Heidefeld“, in der Gemarkung Siegburg/Mülldorf, Flur 1, für den Bereich südlich der Granthamallee und westlich der Rathausallee, für den der Rat am 05.10.2011 einen Aufstellungsbeschluss gefasst hat, wird in die Teilbereiche A und B aufgeteilt;
2. Der vorliegende Entwurf für den Teilbereich B, südlich der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg, zwischen alter und neuer Sportanlage (Baufeld MK 5), wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Änderungsverfahren gem. § 13a BauGB weiter geführt und gem. § 3 Abs.2 und § 4 Abs.2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Dabei wird darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird, weil davon ausgegangen werden kann, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen vorliegen, die in der Abwägung zu berücksichtigen wären.“

Zu 1. und 2.: einstimmig

6.7	12/0016	Bebauungsplan Nr. 107 "Zentrum"; 1. Beschluss über vorgebrachte Anregungen; 2. Satzungsbeschluss	FD 6/10
------------	----------------	---	----------------

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

6.8	12/0052	Bebauungsplan Nr. 107/4 "Sonnenweg"; 1. Änderung der Planbezeichnung; 2. Festlegung der Planungsziele	FD 6/10 Bericht bis 05.06.2012
------------	----------------	--	---

1. Der durch den Rat am 21.04.1998 aufgestellte Bebauungsplans Nr.107/4 „Sonnenweg“ erhält jetzt die Planbezeichnung „Klosterhöfe“
2. Der Bereich des Bebauungsplans Nr.107/4 „Klosterhöfe“ wird als Mischgebiet entwickelt. Vorwiegend sollen Dienstleistungseinrichtungen, besondere Wohnformen wie z.B. Seniorenwohnungen sowie weitere zentrumsergänzende Nutzungen angesiedelt werden. Innerhalb des Bebauungsplans wird großflächiger Einzelhandel ausgeschlossen.

Zu 1.: Jastimmen 34
Neinstimmen 13

Zu 2.: einstimmig

6.9	12/0053	Bebauungsplan Nr. 117 "Rathausallee"; 1. Aufstellungsbeschluss; 2. Planungsziele	FD 6/10 Bericht bis 05.06.2012
------------	----------------	---	---

- „1. Die Aufstellung des Bebauungsplans Nr.117 „Rathausallee“, in der Gemarkung Siegburg/Mülldorf, Flur 1, für den Bereich zwischen Konrad Adenauer Stiftung, Finanzamt und Rhein-Sieg-Gymnasium wird beschlossen.
2. Der Bereich des Bebauungsplans Nr.117 „Rathausallee“ wird als Mischgebiet entwickelt. Vorwiegend sollen Dienstleistungseinrichtungen, besondere Wohnformen wie z.B. Seniorenwohnungen, hochschulaffine Nutzungen und weitere zentrumsergänzende Nutzungen angesiedelt. Innerhalb des Bebauungsplans wird großflächiger Einzelhandel ausgeschlossen.“

Zu 1. und 2.: einstimmig

**Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom
06.03.2012**

6.10	11/0316/1	Auswirkungen der demographischen Entwicklung für Schulstandorte im Primarbereich; Machbarkeitsstudie Teil 2	FB 5
-------------	------------------	--	-------------

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

7	12/0030	Anzeige der Nebentätigkeiten des Bürgermeisters gemäß § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz in Verbindung mit §§ 49 Abs. 1, 53 Landesbeamtengesetz	BRB
----------	----------------	---	------------

Der Rat nahm die der Sitzungsvorlage beigefügte Anzeige des Bürgermeisters über dessen Nebentätigkeiten zur Kenntnis.

8	12/0066	Bestellung eines beratenden Mitglieds für den Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung	FB 5; BRB Bericht bis 05.06.2012
----------	----------------	--	---

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass Frau Dr. Albrecht als stellvertretendes beratendes Mitglied bestellt werden soll.

Der Rat fasste folgenden Beschluss.

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beruft nach § 85 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG NRW) Frau Dr. Catrin Albrecht als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung.“

einstimmig

8.1	12/0132	Erweiterung der städtischen Obdachlosenunterkunft "Am Bauhof"	FB 4 Bericht bis 05.06.2012
------------	----------------	--	--

Herr Parpart erläuterte die als Tischvorlage vorliegende Verwaltungsvorlage. Anschließend beantworteten er und der Bürgermeister Fragen von Frau Jung, Herrn Metz und Frau Bergmann-Gries:

- Zur Zeit können in der Unterkunft am Bauhof 36 Personen (18 Einheiten) untergebracht werden.

- Obdachlose müssen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung untergebracht werden. Es besteht eine Abhängigkeit zum Wohnungsmarkt / Familienverband, wie lange der betreffende Personenkreis geduldet wird. Dies könne im Vorfeld nicht geplant werden.
- Die jetzige Erweiterung ist nach Abstimmung mit der Bauaufsicht ohne Probleme möglich. Darüber hinaus könnte noch eine zwei- bis dreimalige Erweiterung vorgenommen werden.
- Bei einem überproportionalen Anwachsen der Obdachlosen in diesem Bereich spricht sich die Verwaltung für eine Erörterung der Thematik im Fachausschuss aus. Witterungsbedingt komme es im Frühjahr/Sommer regelmäßig zu Abwanderungen.
- Die Erweiterung ist in der gleichen Art und Weise vorgesehen wie der derzeitige Bestand (Leichtbauweise). Es wird von einer Nutzungsdauer von 20 Jahren ausgegangen. Eine Containerlösung ist vor dem Hintergrund der zu zahlenden Mieten unwirtschaftlich.

Nach weiterer kurzer Diskussion bestand Einvernehmen wegen des Standorts am Bauhof und der Standards hinsichtlich der Unterbringung eine weitere Beratung im Fachausschuss vorzunehmen.

Anschließend fasste der Rat folgenden Beschluss.

„Für die Erweiterung der städt. Obdachlosenunterkunft „Am Bauhof“ um sechs Einheiten zur Unterbringung von bis zu 12 männlichen Einzelpersonen stellt der Rat der Stadt Sankt Augustin bei dem Produkt 05-02-01 Investitionsmittel in Höhe von 150.000,-- € für das Haushaltsjahr 2012 bereit. Zusätzlich werden im konsumtiven Bereich ab dem Haushaltsjahr 2012 jährliche Mittel für die Unterhaltung und Bewirtschaftung in Höhe von 3.800,-- € und Abschreibung in Höhe von 7.500,-- € im Haushalt bereitgestellt.“

einstimmig

9		Anträge der Fraktionen	
9.1.1	12/0018	Erstellung eines "Masterplan Inklusion" Fraktion Aufbruch	FB 4, FB 5, FB 9, BA

Herr Köhler stellte den Antrag der Fraktion AUFBRUCH! vor.

Für die CDU-Fraktion sprach sich Herr Lienesch für eine Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration aus. Dort könne das Thema intensiv behandelt und definiert werden, was ein Masterplan enthalten solle. Er bat die Verwaltung – soweit möglich – bis zur nächsten Sitzung des Fachausschusses die von den Kommunen zu beachtenden Vorgaben in einer Sitzungsvorlage zusammenzustellen.

Hiernach entwickelte sich eine Diskussion, in der sich der Rat einvernehmlich für eine weitere Behandlung des Themas im vorgenannten Fachausschuss und nachfolgend auch im Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung und eventuell noch weiteren Fachausschüssen aussprach.

9.1.2	12/0063	Ausschussumbesetzung SPD-Fraktion	, FB 4, FB 5, FB 1, FD 6/10, FB 7, RPA; BRB Bericht bis 05.06.2012
--------------	----------------	--	---

1. Ausschussumbesetzungen:

Ausschuss	Streiche Mitglied	Streiche Vertreter	Setze Mitglied	Setze Vertreter
Haupt- und Finanzausschuss		7. Grote 8. Kok 9. Bähr-Losse 10. Mewes		7. Kok 8. Bähr-Losse 9. Mewes
RPA		6. Grote 7. Borowski 8. Mewes 9. Hoffmann 10. Bilgmann		6. Borowski 7. Mewes 8. Hoffmann 9. Bilgmann
Schule, Bildung und Weiterbildung		7. N.N.		
Umwelt, Planung und Verkehr		8. Waldästl 9. Grün		8. Grün
Feuer- und Zivilausschuss		8. N.N.		
Zentrumsausschuss		9. N.N.		
Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss		5. Waldästl		Aufrücken der folgenden Vertreter
Integrationsrat	Uwe Grote		Bilgmann	

2. Gremienumbesetzung

Gemeinnützige Wohnungsbau- gesellschaft		Uwe Grote		Bergmann- Gries
---	--	-----------	--	--------------------

Zu 1. und 2.: einstimmig

9.1.3	12/0098	Ausschussumbesetzung CDU-Fraktion	FB 5; BRB Bericht bis 05.06.2012
--------------	----------------	--	---

Ausschussumbesetzung im Wege der Wahl:

Ausschuss	Streiche Mitglied	Streiche Vertreter	Setze Mitglied	Setze Vertreter
Jugendhilfeausschuss		2. Brigitte Schnupp, sB		2. Andreas Gosemann

einstimmig

9.1.4	12/0103	Ausschussumbesetzung FDP-Fraktion	FB 1, FB 7, FB 5, FD 6/10, Dez. IV; BRB Bericht bis 05.06.2012
--------------	----------------	--	---

Ausschussumbesetzungen:

Ausschuss	Streiche Mitglied	Streiche Vertreter	Setze Mitglied	Setze Vertreter
Gebäude- und Bewirtschaftung		1 - Christoph Küpper		Klaus Doppler
Gebäude- und Bewirtschaftung		2 - Klaus Doppler		Andreas Ilgmann
Zentrum		2 - Christoph Küpper		Klaus Doppler
Zentrum		3 - Klaus Doppler		Birgit Klumm
UPV	Christoph Küpper		Klaus Doppler	
UPV		2 - Klaus Doppler		Jörg Pütz
UPV		6 - Jörg Pütz		Verena Ilgmann
Feuer		4 - Christoph Küpper		Andreas Ilgmann

Ausschuss	Streiche Mitglied	Streiche Vertreter	Setze Mitglied	Setze Vertreter
Schule		2 - Birgit Klumm		A.-K. Silber-Bonz
Schule		3 - A.-K. Silber-Bonz		Verena Ilgmann

einstimmig

10		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

10.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

10.1.1	12/0133	Dringlichkeitsanfragen: Auswirkungen der Verlagerung der GGS Freie Buschstraße in das SZ Niederpleis Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FB 5
---------------	----------------	--	-------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

10.1.2	12/0134	Verschiebung der Entscheidung zur Freien Buschstraße SPD-Fraktion	FB 2
---------------	----------------	--	-------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

10.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Es lagen keine Mitteilungen vor.